



Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr

Niederschrift

der 19. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr in der 17. Wahlperiode am Dienstag, 05.12.2023, 18:06 Uhr bis 21:24 Uhr im Bürgersaal, 2. OG, Bürgerforum Bergischer Hof

Anwesend sind:

Bachmann, Jürgen

Ausschussvorsitzender

CDU-Fraktion

Rilke-Haerst, Veronika

Ratsmitglied

vertr. f. Hr. Dr. Heider

Nielen, Leonard

Ratsmitglied

bis 19:03 Uhr / TOP 5

Jahn, Christoph

Ratsmitglied

ab 19:04 Uhr / TOP 6

Schönberger, Marc

Ratsmitglied

Steinbach, Jürgen

Ratsmitglied

Wendel, Dr. Thomas

sachkundiger Bürger

vertr. f. Hr. Mau

Wilden, Patrick

sachkundiger Bürger

vertr. f. Hr. Büscher

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schumacher, Hardy

2. Stellv. Bürgermeister

Mohr, Stephan

Ratsmitglied

Schneid, Lothar

Ratsmitglied

Wittkop, Peter

Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Nebel, Lukas

Ratsmitglied

Fraktion ForsPark

Steinbach, Yannick

Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Pregler, Erik

Ratsmitglied

Fraktion Zusammen Leben Rösrath

Lambrecht, Mitch

Ratsmitglied

Von der Verwaltung waren anwesend:

Herrmann, Christoph

Dezernent

Rock, Silvia

Sachbearbeiterin

Moch, Daniel Jan

Schriftführung

Lorenz, Bianca

Technische Beigeordnete

Vertreter der Presse als Gast im öffentlichen Teil:

Rausch, Dr. Thomas

Vertreter der Zeitungsgruppe Köln

Entschuldigt fehlten:

Büscher, Wolfgang

1. Stellv. Bürgermeister

Mau, Dirk

Ratsmitglied

Heider, Dr. Markus

Ratsmitglied

Venedey, Jörg

Ratsmitglied

Albert-von der Ohe, Frank

Ratsmitglied

Tagesordnung

TOP	Öffentlicher Teil	Nummer
1.	Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung	
2.	Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse	
3.	BP 121 „Altvolberger Wiese“ -Abwägung der vorgetragenen Stellungnahmen -Satzungsbeschluss	B21/2023
4.	BP 131 „Altvolberger Obstwiese“ -Aufstellungsbeschluss	B22/2023
5.	BP 129 „Sülzufer West - Hoffnungsthal“ -Abwägung der vorgetragenen Stellungnahmen -Satzungsbeschluss	B23/2023
6.	BP 114 „Rösrath Mitte - Bitze“ -Ergänzendes Verfahren gem. § 214 (4) BauGB	B24/2023
7.	Bauvoranfrage zur Errichtung eines Sportraums mit Lagerräumen, Besprechungsraum und Getränkeausgabe für Sportverein sowie Zuschauertribüne auf dem Grundstück Bergsegen 11, Gemarkung Bleifeld, Flur 2, Flurstück 4045	B25/2023
8.	Bauvoranfrage zur Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses mit 10 Wohneinheiten und Tiefgarage auf dem Grundstück Hauptstraße 15, Gemarkung Bleifeld, Flur 1, Flurstücke 3152 und 3157	B26/2023
9.	Nutzungsänderung eines Zwei- in ein Dreifamilienwohnhaus, hier: Antrag auf Ablösung eines Pkw-Stellplatzes auf dem Grundstück Bensberger Straße 259a, Gemarkung Forsbach, Flur 5, Flurstück 2235	B27/2023
10.	Prüfung von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung Antrag ZLR-Fraktion vom 9.11.23, eingegangen am 13.11.23	B28/2023
10.1	Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete	B29/2023
11.	Anfragen und Mitteilungen	

Sitzungsverlauf

Nach Eröffnung der Sitzung und vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Ausschussvorsitzender Jürgen Bachmann fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen und die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl der Ausschussmitglieder anwesend ist.

Der Vorsitzende begrüßt insbesondere die anwesende Technische Beigeordnete. Er wünscht Frau Lorenz viel Erfolg bei der künftigen städtebaulichen Entwicklung und Gestaltung Rösraths und sagt ihr die Unterstützung des Ausschusses zu.

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden durch die Verwaltung zurückgezogen.

Der Hauptausschuss hat beschlossen, dass die beiden Punkte im Januar in einer Sondersitzung beraten werden sollen.

Aus dem Kreis der Ausschussmitglieder wird mehrfach der Wunsch geäußert, das Verfahren zur Versendung der Einladungen und zur Information der Ausschussmitglieder aus gegebenem Anlass effizienter zu gestalten. Die Verwaltung erläutert hierzu kurz die bestehende rechtliche Situation.

Auf die Frage, ob es durch die Verschiebung der Abstimmung zu TOP 3 zu einer Verzögerung bei der Schaffung der dringend benötigten zusätzlichen Betreuungsplätze für Kinder kommen wird, erklärt Herr Herrmann, dass das Vorhaben zunächst nur für den Fachausschuss aber noch nicht für den Rat vorgesehen war, da zunächst noch offene Punkte geklärt werden müssen: So gibt es weiterhin weder einen Erschließungsvertrag, noch eine vertragliche Absicherung zur Schaffung der KiTa-Plätze, dafür jedoch noch ungeklärte Grundstücksfragen. Insgesamt bedingt die Verschiebung somit keine größere Verzögerung des Vorhabens.

Herr Schönberger beantragt die Verschiebung von TOP 14 aus dem nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil als Tagesordnungspunkt 10a.

Der Antrag wird nach kurzer Beratung einstimmig bei 15 Ja-Stimmen angenommen.

Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 04.09.2023**

Aufgrund der aktuellen Situation bei der SIT kann derzeit keine Niederschrift durch das Ratsbüro ausgefertigt werden.

2. **Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Herrmann berichtet, dass bei den Bauvorhaben beschlussgemäß verfahren wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3. **BP 121 „Altvolberger Wiese“ B21/2023 -Abwägung der vorgetragenen Stellungnahmen -Satzungsbeschluss**

Der Tagesordnungspunkt ist durch die Verwaltung zurückgezogen worden und wird in einer Sondersitzung am 22. Januar beraten werden.

4. **BP 131 „Altvolberger Obstwiese“ B22/2023 -Aufstellungsbeschluss**

Der Tagesordnungspunkt ist durch die Verwaltung zurückgezogen worden und wird in einer Sondersitzung am 22. Januar beraten werden.

5. **BP 129 „Sülzufer West - Hoffnungsthal“**
-Abwägung der vorgetragenen Stellungnahmen
-Satzungsbeschluss

B23/2023

Der Ausschuss diskutiert das Vorhaben ausführlich und kontrovers. Mehrheitlich wird festgestellt, dass die Verabschiedung eines rechtskräftigen Bebauungsplans die aktuelle Situation nach § 34 BauGB planungsseitig insgesamt verbessern würde. Abweichende Meinungen sehen das Erfordernis einer vorangehenden Klärung durch die Bezirksregierung hinsichtlich der Festsetzungen der Überschwemmungsgebiete, um Rechtssicherheit für künftige Bauvorhaben zu erhalten.

Herr Lambrecht stellt einen Antrag auf Vertagung, bis eine sachgerechte Abwägung der kritischen Stellungnahmen vorliegt.

Beschluss:

mehrheitlich abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

Der Ausschuss stimmt anschließend über die eingebrachten Stellungnahmen ab:

Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der Offenlage gem. §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB

B 1 Änderung des Verfahrens

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 2 Aufhebung des Verfahrens

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

B 3.1 Abwägung

Beschluss:

einstimmig zugestimmt bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Der Stellungnahme wird stattgegeben.

B 3.2 Nachverdichtung

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen
Der Stellungnahme wird nicht stattgegeben.

Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB

T 1.2 VLR-Amt für Bodendenkmalpflege

Beschluss:

einstimmig zugestimmt bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird stattgegeben.

T 3.4.1 Untere Umweltschutzbehörde, Überschwemmungsgebiet

Beschluss:

einstimmig zugestimmt bei 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung
Dem Fachbeitrag wird stattgegeben.

T 3.4.2 Untere Umweltschutzbehörde, Überschwemmungsgebiet

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird nicht stattgegeben.

T 3.6 Kreisstraßen und Verkehr

Beschluss:

einstimmig zugestimmt bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird nicht stattgegeben.

T 3.7 Brandschutz

Beschluss:

einstimmig zugestimmt bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird stattgegeben.

T 5 Rhein-Sieg-Kreis

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird nicht stattgegeben.

T 10 LVR – Amt für Denkmalpflege

Beschluss:

einstimmig zugestimmt bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird stattgegeben.

Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der erneuten Offenlage
gem. § 3 (2) i. V. m. § 4a (3) BauGB

Von Seiten der Bürger wurden im Rahmen der erneuten Offenlage keine Stellungnahmen
abgegeben.

Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden
gemäß § 4 (2) i. V. m. § 4a (3) BauGB

T 11 Aggerverband

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird nicht stattgegeben.

T 14.4 Untere Umweltschutzbehörde, Überschwemmungsgebiet

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird nicht stattgegeben.

T 14.5 Oberflächengewässer

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird nicht stattgegeben.

T 14.7 Kreisstraßen und Verkehr

Beschluss:

einstimmig zugestimmt bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird nicht stattgegeben.

T 14.8 Brandschutz

Beschluss:

einstimmig zugestimmt bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird stattgegeben.

T 14.9 Mobilität, Klimaschutz und regionale Projekte

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird nicht stattgegeben.

T 16 Rhein-Sieg-Kreis

Beschluss:

mehrheitlich zugestimmt bei 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Dem Fachbeitrag wird nicht stattgegeben.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt unter Abwägung der während der Offenlagen vorgebrachten Stellungnahmen den Bebauungsplan Nr. 129 „Sülzufer West - Hoffnungsthal“ mit Umweltbericht, textlichen Festsetzungen und Begründung (nach Maßgabe der Fachausschüsse) gem. § 10 BauGB i. V. m. § 7 GO NW (in der jeweils gültigen Fassung) als Satzung.

Beratungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt bei 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen

**6. BP 114 „Rösrath Mitte - Bitze“ B24/2023
-Ergänzendes Verfahren gem. § 214 (4) BauGB**

Die Verwaltung erläutert, dass der Bebauungsplan derzeit im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens beim Oberverwaltungsgericht geprüft wird. Hinsichtlich der Festsetzungen gäbe es noch keine abschließende Harmonisierung zwischen dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplans und der Begründung. Für das Frühjahr 2024 ist ein erneuter Satzungsbeschluss geplant. Auf die Frage, ob es sinnvoll sein könnte, das laufende Verfahren bis zur zweiten Offenlage auszusetzen, teilt die Verwaltung mit, dies mit der beauftragten Rechtsanwaltskanzlei besprechen zu wollen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt gem. § 214 (4) BauGB ein ergänzendes Verfahren für den Bebauungsplan Nr. 114 „Rösrath Mitte – Bitze“.

Beratungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

**7. Bauvoranfrage zur Errichtung eines Sportraums mit Lagerräumen, B25/2023
Besprechungsraum und Getränkeausgabe für Sportverein
sowie Zuschauertribüne auf dem Grundstück Bergsegen 11,
Gemarkung Bleifeld, Flur 2, Flurstück 4045**

Die Verwaltung verweist im Laufe der Beratung darauf, dass aufgrund bestehender rechtlicher Hürden eine Zustimmung zum Vorhaben rechtlich angreifbar sei, da es sich um ein Vorhaben im Außenbereich handele.

Die Mitglieder des Ausschusses plädieren dagegen mehrheitlich für eine Ermöglichung des Bauvorhabens und bitten die Verwaltung um Prüfung von Alternativen.

Herr Y. Steinbach stellt einen Antrag auf Vertagung.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Beratungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

8. Bauvoranfrage zur Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses mit 10 Wohneinheiten und Tiefgarage auf dem Grundstück Hauptstraße 15, Gemarkung Bleifeld, Flur 1, Flurstücke 3152 und 3157 B26/2023

Nach Rückfrage, warum das Vorhaben an dieser Stelle zu groß wäre, wird darauf verwiesen, dass die Geschossigkeit in diesem Bereich nicht zu hoch werden sollte.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt dem Vorhaben nicht zu.

Beratungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt bei 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen

9. Nutzungsänderung eines Zwei- in ein Dreifamilienwohnhaus, hier: Antrag auf Ablösung eines Pkw-Stellplatzes auf dem Grundstück Bensberger Straße 259a, Gemarkung Forsbach, Flur 5, Flurstück 2235 B27/2023

Die Verwaltung erläutert auf Nachfrage, dass ein Stellplatz abgelöst werden muss, da ein Nachweis auf dem Grundstück nicht möglich sei. Gleichwohl wird darauf hingewiesen, dass es keinen Nutzungszwang der Stellplätze gäbe.

Auf weitere Nachfragen führt die Verwaltung aus, dass zuletzt vor etwa 10-15 Jahren Stellplätze abgelöst worden seien und der Parkplatz Bitze aus Stellplatzablösungen mitfinanziert worden ist.

Hinsichtlich der zunehmenden Anzahl an Straßenrandparkern wird im Ausschuss vorgeschlagen, ähnlich wie in Oberkassel, auch in Rösrath Garagenüberprüfungen durchzuführen. Die Verwaltung gibt jedoch zu bedenken, dass der damit verbundene Arbeitsaufwand ohne zusätzliches Personal nicht zu bewältigen wäre.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt dem Antrag auf Stellplatzablösung zu.

Beratungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

**10. Prüfung von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung B28/2023
Antrag ZLR-Fraktion vom 9.11.23, eingegangen am 13.11.23**

Seitens ZLR wird moniert, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung erheblich vom Antragsbeschlussvorschlag von ZLR abweicht. Die Verwaltung weist auf die fehlende rechtliche Befugnis hin, einzelne Antragspunkte einseitig auf kommunaler Ebene zu entscheiden. Die jeweiligen Zuständigkeiten müssten hierbei beachtet werden. So können einzelne Punkte im Ermessen angeordnet werden, aber es müssen dazu umfangreiche

Gründe angeführt werden. In Overath ging es z. B. um Feinstaubmessungen, die Lärmmessungen in Köln wiederum waren umfassend und über einen längeren Zeitraum. Es gäbe keinen Automatismus zu Maßnahmen der Verkehrsgeschwindigkeitsreduzierung.

Um 20:15 Uhr unterbricht der Vorsitzende die laufende Sitzung für eine Wortmeldung einer Bürgerin. Es wird nachgefragt, welche Optionen Rösrather Bürgerinnen und Bürger haben, um Messungen zu Lärmimmissionen anzustoßen. Daraufhin weist die Verwaltung auf die Beteiligung im Rahmen der kommenden Lärmaktionsplanung hin. Eigene kommunale Messungen werde es darüber hinaus jedoch nicht geben.
Um 20:17 Uhr wird die Sitzung fortgeführt.

Nach abgeschlossener Diskussion wird durch die ZLR-Fraktion der Antrag gestellt, dass die Beschlussfassung so wie im Antrag formuliert gewählt werden soll.

Beschluss:

mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt, den Antrag als Bestandteil der Lärmaktionsplanung der Stadt Rösrath einzubeziehen und dort die genannten Antragsinhalte zu bearbeiten.

Beratungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt bei 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

10.1 Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete

B29/2023

Die Verwaltung erläutert die Grundzüge der Planungen und verweist auf die schwierige Situation, geeignete städtische oder private Flächen für eine Unterbringung von Geflüchteten zu finden. So seien die Flächen im Innenbereich nahezu ausgeschöpft und bestehende Gebäude teilweise nicht mehr nutzbar. Das vorgesehene Grundstück biete daher eine relativ gute Lösung für eine möglichst schnelle Unterbringung in Container- oder Modulbauweise an. Ein baurechtlicher Unterschied zwischen diesen Bauweisen bestehe nicht. Negative Auswirkungen aufgrund der Nähe zum Turmhof e. V. bestünden für diesen nicht. Es handele sich hierbei zudem um keine Dauerunterbringung, sondern um eine Zwischenunterbringung von maximal sechs Jahren, bis die Betroffenen in eigene Wohnungen einziehen könnten. Die technische Beigeordnete erläutert die bisherigen Versuche, Unterbringungen zu ermöglichen und stellt in einer Präsentation die möglichen Varianten für den geplanten Standort vor.

Bei der anschließenden Beratung wird sich wiederholt für eine Modulbauweise ausgesprochen. Zudem sollten Betreuungsangebote in die Gebäude integriert werden. Organisatorische Fragen zu Nutzung, Betreten der Wohneinheiten, Bedarf an Servicepersonal etc. müssten noch geklärt werden.

U. a. aus Kostengründen wird bei Teilen der Ausschussmitglieder stattdessen eine Containerbauweise bevorzugt.

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, für das kommunale Grundstück Brander Straße (direkt hinter der Autobahnunterführung), Gem. Rösrath, Flur 2, Nr. 1318 die Planungen zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete voranzutreiben.

Beratungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

11. Anfragen und Mitteilungen

Herr Mohr möchte für die nächste Sitzung des Ausschusses eine Auskunft seitens der Verwaltung, ob es einen „Plan B“ hinsichtlich der KiTa-Planung zum Bebauungsplan 121 „Altvolberger Wiese“ gibt.

Auf Anfrage der ZLR-Fraktion vom 18.11.2023 zum Brückenneubau an der A4 berichtet Frau Ley für die Verwaltung. Die Ausführungen liegen der Niederschrift als Anlage bei. Auf weitere Nachfragen erläutert die Verwaltung, dass inoffizielle „Abkürzungsverkehre“ nicht verhindert werden können und auch kein rechtlicher Spielraum besteht, während der Bauzeit an der Brücke andere Baumaßnahmen in Rösrath aufzuschieben.

Ende der öffentlichen Sitzung: 21:22 Uhr

Rösrath, 18.12.2023

Der öffentliche Teil der Niederschrift stimmt mit dem Original überein.

gez. Vorsitz / gez. Schriftführung

Anfrage der ZLR zum Brückenbau A4 und Umleitungen durch Rösrath

Welche Überlegungen und Maßnahmen gibt es dazu von Seiten der Stadt?

- **Bitte stellen Sie die geplanten Maßnahmen mit dem zeitlichen Ablauf rund um den Brückenneubau A4 /Untereschbach sowie den zu erwartenden Auswirkungen auf den Straßenverkehr in Rösrath dar.**

Antwort der Autobahn GmbH: Das Projekt A4/L136 Ersatzneubau ist in drei Phasen unterteilt. Die Erneuerung des Bauwerks ist innerhalb von 2 Jahren geplant. Bis zur Erneuerung wird der Überbau durch die Errichtung eines Traggerüsts gestützt. Baubeginn des Traggerüsts ist für Januar 2024 vorgesehen und soll unterhalb des bestehenden Bauwerks auf der L136 erfolgen. Die Errichtung dieses Gerüsts erfordert eine Vollsperrung der L136 in beiden Richtungen für etwa 4 Monate sowie eine Wochenendvollsperrung der A4.

Während der Vollsperrung der L136 wurden Umleitungspläne ausgearbeitet, wobei die A4 als Umleitung dient. Nach der Errichtung des Traggerüsts steht nur noch eine Fahrspur auf der L136 zur Verfügung, und die L136 sollte als Einbahnstraße in Richtung Bergisch Gladbach genutzt werden. Diese Einschränkung führt zu einer Änderung der Verkehrsströme. Um die Verkehrssituation zu optimieren, wurden Baustellen-Lichtsignalanlagen (LSA) mit optimierten Signalplänen geplant. Zusätzlich wird eine Bedarfsampel für Rettungskräfte eingerichtet, um Einsatzfahrzeugen die Durchfahrt in beiden Richtungen auf der L136 während der Zeit, in der das Traggerüst steht und die Behelfsbrücken gebaut werden, ohne Störungen durch die Unterführung zu ermöglichen.

Die alte Brücke kann aus statischen Gründen nur als Ganzes abgebrochen werden. So sind insgesamt zwei Behelfsbrücken erforderlich, eine je Fahrtrichtung. Die Errichtung der Behelfsbrücken erfolgt in zwei Schritten. Nachdem das Traggerüst steht, wird parallel zur alten Brücke eine Behelfsumfahrung inkl. der ersten Behelfsbrücke aufgebaut. Auf dieser fährt grundsätzlich der Verkehr in Richtung Olpe. Für die zweite Behelfsbrücke muss zunächst die alte Brücke abgebrochen werden, damit diese Behelfsbrücke für die Fahrtrichtung Köln eingehoben werden kann. Der Bau der temporären Umfahrung wird nach Fertigstellung des Traggerüsts (voraussichtlich im Herbst 2024) beginnen und voraussichtlich bis Mitte 2025 dauern. Diese Arbeiten erfordern sowohl eine Sperrung der Fahrtrichtung Olpe von wenigen Tagen als auch eine kurzzeitige Vollsperrung der A4 sowie der L136 in beiden Fahrtrichtungen. Um die Anzahl der Betroffenen gering zu halten, soll erfolgt diese Sperrung innerhalb der verkehrsärmeren Ferienzeit vorgesehen werden.

Die neue Brücke wird in zwei Hälften (zeitlich versetzt) gebaut, so dass die Behelfsbrücken nacheinander zurückgebaut werden können. Dadurch kann der Verkehr, abgesehen von den genannten Sperrungen, durchgehend während des Baus der neuen Brücke weiter auf der A4 verbleiben. Darüber hinaus werden während der kompletten Bauzeit mit wenigen Ausnahmen zwei Fahrspuren pro Fahrtrichtung auf der A4 aufrechterhalten.

Die geplante Fertigstellung des Ersatzneubau ist für Ende 2027 terminiert.

Aufgrund dessen, dass lediglich der genehmigungspflichtige Schwerlastverkehr durch Rösraath (L284) umgeleitet ist, sind die Auswirkungen wie folgt zu erwarten:

Antwort Autobahn GmbH: Täglich wird eine Vielzahl an Anträgen für Großraum- und Schwertransporte gestellt. Davon wird etwa die Hälfte der Anträge zur Angebotsabgabe oder zur Vorratshaltung bei den Antragstellern benötigt. Die andere Hälfte der Anträge wird für Transporte gestellt, die unser gesamtes Streckennetz der Niederlassung befahren.

Da nicht alle Transporte der A4 über die Umleitungsstrecke geleitet werden, werden die Auswirkungen im Tagesverlauf eher gering ausfallen. In den späten Abendstunden und teilweise in der Nacht werden erfahrungsgemäß dort Transporte die Umleitungsstrecke unter entsprechenden Auflagen und unter teilweise Polizeibegleitung nutzen.

- **Welche Kontakte bestehen zu den Entscheidern der Straßenbau- und Straßenverkehrsbehörden zu dem Thema?**

Die Stadt Rösraath hat nach dem Ausbleiben der Beteiligung an den Besprechungen im Oktober und November wieder eine Einladung für einen Abstimmungstermin in der 2. KW 2024 erhalten.

- **Wie werden diese Kontakte zur Lösung des Problems genutzt bzw. wie regelmäßig findet ein Austausch mit den Entscheidern statt?**

Antwort Autobahn GmbH: Die Autobahn GmbH steht in regelmäßigen Austausch mit den betroffenen Gemeinden und Behörden. Die nächste Verkehrsbesprechung ist für die 2. KW 2024 geplant. Die Stadt Rösraath wird zum Termin eingeladen.

- **Welche Alternativen zur geplanten Ausweichroute wurden bisher diskutiert?**

Antwort Autobahn GmbH: Alternativ zur aktuellen Umleitungsstrecke für den genehmigungspflichtigen Schwerlastverkehr wurden unter anderem die Schwerlastroute Südwestfalen, eine örtliche Umfahrung der L136 bei Overath und mehrere Verbindungen zwischen A3 und A4 überprüft. Durch nicht ausreichend tragfähige Bauwerke oder Verkehrshindernisse wie beispielsweise Kreisverkehre im nachgeordneten Straßennetz, sind viele Routen nicht für den genehmigungspflichtigen Schwerverkehr nutzbar.

- **Was sagt Straßen NRW zu der dann entstehenden Belastung der Sülzbrücken (Lehmbach, Hoffnungsthal, Rambrücken)?**

Antwort Straßen NRW: Straßen NRW lehnt die Nutzung der L284 als allgemeine Umleitungsstrecke während der Arbeiten im Bereich der Brücke A4/L136 ab.

Die Brücken in Hoffnungsthal und Lehmbach wurden mit einer Entwurfsbelastung gemäß Brückenklasse 45 berechnet. Fahrzeuge mit einer Achsbelastung, die darüber hinaus gehen werden auf geplanten Ersatzrouten umgeleitet.

Genehmigungspflichtiger Groß- und Schwerlastverkehr kann nach Einzelfallprüfung bei statischer Begleitung im Ausnahmefall die L 284 befahren. D.h. jeder genehmigungspflichtige Großraum- und Schwertransport wird einer Einzelfallprüfung unterzogen.

Die Brücken bei Menzlingen sind nicht Gegenstand der aktuellen Betrachtung.

- **Was ist mit den Rettungswegen für Feuerwehr und Krankenwagen?**
- **Wie kommen die Kinder zu Kita und Schule?**
- **Wie kommen Bürgerinnen und Bürger zu Ärzten und Einzelhandel?**
- **Mit welchen Einschränkungen ist bei Handel und Gewerbe zu rechnen?**
- **Wie wirkt sich die erwartbare Zunahme des Verkehrs auf die Belastung durch Abgase und Feinstaub aus?**

Die L284 ist als Umleitung für die o.g. Großraum- und Schwertransporte vorgesehen, sind keine besonderen Maßnahmen geplant.

Die Umleitung für alle anderen Verkehrsarten ist die A4 und die K41.

Wie werden Bürgerinnen und Bürger über die Maßnahmen und deren Auswirkungen informiert?

Antwort Autobahn GmbH: Informationen zur Maßnahme A4/L136 sind derzeit auf der Projektwebsite der Autobahn GmbH über die Seite des Projektes "Fahrbahnerneuerung auf der A4 zwischen Köln-Merheim und Overath-Untereschbach" verfügbar. Zudem werden Publikationen in der regionalen Presse über das Angebot von Interviews angestrebt.

Eine separate Website für das Projekt "A4/L136 Ersatzneubau Untereschbach der A4/L136 befindet sich in der Vorbereitung. Die derzeit verfügbaren Informationen können über folgenden Link abgerufen werden.

Link: [Fahrbahnerneuerung zwischen Köln-Merheim und Overath-Untereschbach | Projekt | Die Autobahn GmbH des Bundes](#)

Mit Blick auf die komplexe wie sensible Verkehrssituation für den genehmigungspflichtigen Schwerlastverkehr sowie die entsprechende Umleitungsrouten werden auch die hiesigen Unternehmen sowie Logistikunternehmen im Kommunikationskonzept besonders berücksichtigt.

In Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer (IHK Köln) werden die IHK-Mitglieder aus der betroffenen Region über einen eigens eingerichteten E-Mail-Verteiler aktuelle Informationen zur Baumaßnahme auf der A4 (und der Unterführung der L136) bei Untereschbach erhalten. Das Ziel ist es Logistikunternehmen sowie örtlich ansässigen Unternehmen und Gewerbetreibenden zu erreichen und v.a. zum Thema Schwerlastverkehr und Umleitungswege auf dem Laufenden zu halten. Zudem wird die IHK Köln auf Basis der von der Autobahn GmbH versendeten Pressemitteilungen (und im Fortlaufenden abzustimmenden Inhalten) Artikel in ihren Mitglieder-Zeitschriften sowie online veröffentlichen.